

Antrag

der Abgeordneten Alexander Ulrich, Christian Leye, Andrej Hunko, Dr. Gesine Löttsch, Ali Al-Dailami, Gökay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Sevim Dagdelen, Klaus Ernst, Susanne Ferschl, Christian Görke, Ates Gürpınar, Dr. Gregor Gysi, Susanne Hennig-Wellsow, Jan Korte, Ina Latendorf, Caren Lay, Ralph Lenkert, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Cornelia Möhring, Zaklin Nastic, Sören Pellmann, Victor Perli, Heidi Reichinnek, Bernd Riexinger, Jessica Tatti, Kathrin Vogler, Dr. Sahra Wagenknecht, Janine Wissler und der Fraktion DIE LINKE.

EU-Mercosur-Abkommen neu verhandeln – Für eine faire Wirtschafts- und Handelspolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Juli 2019 kam es zwischen der Europäischen Union (EU) und den vier Mercosur-Ländern Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay zu einer politischen Einigung über den Abschluss eines Assoziierungsabkommens, das aus separaten Teilen – einem politischen Abkommen und einem Handelsteil – besteht. Der Handelsteil des Abkommens sieht unter anderem Zollsenkungen einerseits für Importe von Chemikalien, Kraftfahrzeugen mit Verbrennungsmotor und Kraftfahrzeugteilen in die Mercosur-Staaten und andererseits für Einfuhren von Rindfleisch, Geflügel, Futtersoja, Zucker und Ethanol in die EU vor. Insgesamt sollen rund 90 Prozent der bisher bestehenden Zölle zwischen EU und Mercosur fallen.

Die Einleitung des Ratifizierungsverfahrens war jedoch aufgrund der starken Ablehnung durch Länder wie Frankreich und Österreich und mehr als 450 Organisationen auf beiden Seiten des Atlantiks in den letzten drei Jahren in eine Sackgasse geraten. Zum Teil wurde die Verzögerung in der EU auch mit Klimaschutz- und menschenrechtspolitischer Kritik an der rechtsradikalen Politik des damaligen Präsidenten Brasiliens, Jair Bolsonaro begründet (www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/lula-unter-druck). Seit Oktober 2022, also seit dem Sieg von Lula da Silva bei den brasilianischen Präsidentschaftswahlen, versuchen hochrangige Beamte der Europäischen Kommission und der europäischen Regierungen das umstrittene Handelsabkommen wieder in Gang zu bringen. Während seiner Lateinamerikareise Ende Januar dieses Jahres bekräftigte Bundeskanzler Olaf Scholz, die Verhandlungen über die größte Freihandelszone der Welt schnellstmöglich abschließen zu wollen (www.dw.com/de/kanzler-scholz-setzt-auf-eu-mercotur-abkommen/a-64547915 29.1.2023). Sowohl der brasilianische als auch der argentinische Präsident, Alberto Fernández, hatten dem Bundeskanzler gegenüber ihre Bereitschaft für einen Abschluss des Abkommens signalisiert, zugleich aber Korrekturen am Vertragstext eingefordert: „Es ist ein

Abkommen, das [in seiner jetzigen Form] die enormen Asymmetrien zwischen der EU und dem Mercosur nicht berücksichtigt“, zitierte die Süddeutsche Zeitung den argentinischen Präsidenten (SZ 30.1.2023). Lula da Silva hatte Bundeskanzler Scholz „große Flexibilität“ der Mercosur-Staaten versprochen, diese aber auch von der EU eingefordert (amerika21.de/2023/02/262552/scholz-lateinamerika-rohstoffquellen). Er hatte sich schon während des Präsidentschaftswahlkampfes zwar für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der EU ausgesprochen, dabei aber die Notwendigkeit einer Neuverhandlung des Abkommens in Bezug auf geistige Eigentumsrechte sowie umwelt-, klima- und industriepolitische Maßnahmen gefordert (amerika21.de/2022/09/259720/lula-eu-mercosur-abkommen). Diese Neuverhandlungen hat es bis heute nicht gegeben.

Lula da Silvas Politik steht für den Schutz der Menschenrechte, für die Abschaffung des Hungers und für den Erhalt des Amazonas-Regenwaldes. Doch die Hürden für seine Politik im Parlament sind groß. Der Regierung steht eine konservative Kongress-Mehrheit mit einer mächtigen Agrarlobby gegenüber, die zu einem erheblichen Teil für die zerstörerische, menschenrechts- und umweltfeindliche Politik Jair Bolsonaros steht. Eingeengt wird der Spielraum des Präsidenten aber auch dadurch, dass sein Amtsvorgänger Umweltschutzbehörden und -organisationen finanziell ausdünnte und eine Ausgabenobergrenze mit Verfassungsrang einführte, die z.B. die Finanzierung des von der Umweltministerin Marina Silva neu aufgelegten Aktionsplans zum Schutz der Ökosysteme erschwert (www.capital.de/wirtschaft-politik/so-koennte-brasiliens-neuer-praesident-lula-den-regenwald-retten-33113002.html). Sollte das Abkommen, das weder an die Einhaltung der Menschenrechte gebunden ist noch verbindliche Umwelt-, Klimaschutzstandards und Durchsetzungsmaßnahmen enthält, umgesetzt werden, ist mit fatalen Folgen für Menschen, Umwelt und Klima zu rechnen.

Kritiker:innen beobachten, dass der Widerstand gegen das Abkommen in den Mercosur-Staaten selbst verhalten ist, weil es mit seinen Risiken aufgrund fehlender Transparenz und undemokratischer Verhandlungsprozesse nahezu unbekannt ist (www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/lula-unter-druck). Auch in der EU waren und sind der Verhandlungs- und Ratifizierungsprozess von mangelhafter Transparenz gekennzeichnet. Expert:innen kritisieren, dass die EU-Kommission und Mitgliedstaaten – ihre eigenen Transparenzansprüche nicht erfüllen: Erst auf zivilgesellschaftlichen Druck hin hatte die Kommission 2019 Dokumente ((Teil-)Kapitel, Anhänge und Protokolle) zu ausverhandelten Teilen des Handelsabkommens veröffentlicht. Laut einer Auswertung von Greenpeace vom Oktober 2020 waren die veröffentlichten Dokumente allerdings nicht vollständig (trade-leaks.org/mercosur-eu-association-agreement-leaks-8-october-2020/background-and-analysis/), was die Kommission allerdings bestreitet. Die Texte zum politischen Teil des im Juni 2020 verabschiedeten Assoziierungsabkommens, das Verhandlungsmandat (von 1999) sowie die von der Kommission angekündigte Erklärung zu Nachhaltigkeitsaspekten wurden laut einem Rechtsgutachten von Mai 2021, das die Handelsrechtsexpert:innen Markus Krajewski und Rhea Hoffmann für die NGOs Greenpeace, Misereor und CIDSE erstellten, bisher nicht „offiziell“ veröffentlicht (www.greenpeace.de/publikationen/rechtsgutachten_eu-mercosur_de_final.pdf). Sie sind nur in Teilen als „Leaks“ öffentlich zugänglich. Dem Bundestag wurden die Texte des Handelsteils sowie des politischen Teils des Assoziierungsabkommens in der 2019 bzw. 2020 ausverhandelten Fassung erst Ende Februar 2023 als Verschlussachen (Einstufung als Limité) übermittelt. Ebenfalls werden auch in der EU Parlamentarier:innen und Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft Informationen vorenthalten, ob und in welchem Ausmaß im Prozess der Rechtsförmlichkeitsprüfung Änderungen an den (teilweise) veröffentlichten Dokumenten vorgenommen wurden.

Auch zu der von der Kommission angekündigten Zusatzvereinbarung über Umwelt- und Klimaschutz, die bis 2022 ausgearbeitet sein sollte, liegen weder den Mitgliedstaaten noch dem EP vorläufige Textfassungen vor.

Vor diesem Hintergrund ist es hochproblematisch, dass die EU-Kommission das Abkommen in seiner derzeitigen Fassung als ratifizierungsfähig ansieht. Sie beabsichtigt, das Assoziierungsabkommen zu splitten und vorrangig die Ratifizierung des Handelsteils voranzutreiben. Die Ratifizierung des Handelsteils bedarf nur der Zustimmung der Minister:innen im Rat der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments, nicht aber der nationalen Parlamente, wie dies bei einem gemischten Abkommen erforderlich wäre. Das würde die Umsetzung des menschenrechtsverletzenden und klimaschädlichen Handelsabkommens beschleunigen und die politischen Einflussmöglichkeiten der Parlamente der Mitgliedstaaten aushebeln.

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, sich nur dann für die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens einzusetzen, wenn zuvor von Seiten der Partnerländer umsetzbare und überprüfbare, rechtlich verbindliche Verpflichtungen zum Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsschutz eingegangen werden und praktisch durchsetzbare Zusatzvereinbarungen zum Schutz und Erhalt bestehender Waldflächen abgeschlossen worden sind (www.bundesregierung.de/re-source/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf). Das ist bisher nicht geschehen.

Laut dem im Mai 2021 veröffentlichten Rechtsgutachten für Misereor und Greenpeace kann nur eine komplette Neuverhandlung das Abkommen nachhaltig machen und die Einhaltung und Durchsetzung von Standards sicherstellen. Die Ergänzung des Abkommens um ein Zusatzprotokoll zu Klimaschutz und Menschenrechten, wie es die EU-Kommission auch erst aufgrund des Drucks aus Zivilgesellschaft und EU-Parlament in Aussicht gestellt hat, reiche bei Weitem nicht aus. Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards müssen in den gesamten Vertragstext integriert werden (Studie Misereor/Greenpeace/CIDSE: rechtsgutachten_eu-mercotur_de_final.pdf (greenpeace.de)).

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. der Unterzeichnung des EU-Mercosur-Abkommens durch die Kommission in seiner jetzigen Form im Rat nicht zuzustimmen und sich gegenüber dem Rat und der Kommission dafür einzusetzen, dass der Ratifizierungsprozess des vorliegenden Abkommens gestoppt wird;
 2. sich auf EU-Ebene nachdrücklich für Neuverhandlungen des Abkommens mit dem Ziel einzusetzen, Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards und insbesondere die Rechte der indigenen Bevölkerung sowie zur Gewährleistung dieser Standards und Rechte eine staatliche Kontrollaufsicht verbindlich im Abkommen festzuschreiben. Ein unverbindliches Zusatzprotokoll oder eine Auslegungserklärung reichen dafür nicht aus;
 3. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, den Handelsteil des Abkommens nicht getrennt von dem Rest des Abkommens zu behandeln und so dafür zu sorgen, dass neben dem Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament auch alle nationalen Parlamente über das komplette, neu verhandelte Abkommen entscheiden;
 4. sich gegenüber der Kommission und im Rat für größtmögliche Transparenz im weiteren Verhandlungsprozess einzusetzen und in diesem Zusammen-

- hang die Parlamente fortlaufend und lückenlos über den Fortgang zu informieren und Dokumente zu ausverhandelten Teilen des Abkommens der Öffentlichkeit zugänglich zu machen;
5. die brasilianische Regierung unter Präsident Lula da Silva dabei zu unterstützen, den Erhalt, die Wiederaufforstung und die nachhaltige Bewirtschaftung des Amazonas-Regenwaldes zu gewährleisten und die Landrechte der indigenen Bevölkerung zu schützen;
 6. sich für einen fairen Welthandel mit eindeutigen und einklagbaren sozialen und ökologischen Standards einzusetzen und einen Prozess zu einer sozial, ökologisch und menschenrechtlich kohärenten Neuausrichtung der EU-Handelspolitik anzustoßen, die den Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird.

Berlin, den 14. März 2023

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Fehlende Transparenz und Verhandlungsprozesse ohne wirksame parlamentarische und außerparlamentarische Kontrollmöglichkeiten verschleiern zahlreiche gute Gründe, das Mercosur-Abkommen in seiner jetzigen Form abzulehnen. Pro Jahr sind etwa 120.000 Hektar Entwaldung in den Mercosur-Staaten auf Rohstoffexporte in die EU zurückzuführen (amerika21.de/2022/02/256864/omal-beleuchtet-eu-mercotur-handel). Gigantische Waldflächen werden in Südamerika gerodet, um Produkte wie Fleisch, Leder, Sojabohnen, Kaffee, Biokraftstoff oder Holz in die Europäische Union ausführen zu können. Nehmen der Handel mit Agrarprodukten durch das Mercosur-Abkommen und somit Brandrodungen und Monokulturen weiter zu, hat das weitere katastrophale Folgen für die indigene Bevölkerung, die einheimischen Tiere und, aufgrund der zentralen Bedeutung des Amazonas-Regenwaldes für das Weltklima, für die gesamte Erde.

Das Abkommen konterkariert die Agrarwende und trägt zur Zerstörung der Biodiversität bei. Bei der Fleischproduktion wird ein Wettlauf nach unten bei Preisen und Standards provoziert. Das setzt die kleinstrukturierte (bio-)bäuerliche Landwirtschaft in Europa massiv unter Preisdruck und gefährdet die Lebensmittelqualität. Dabei braucht Europa keine zusätzlichen Fleischimporte. In Deutschland wird schon jetzt mehr Fleisch produziert, als für den eigenen Bedarf nötig ist (www.greenpeace.de/publikationen/giftvertrag-eu-mercotur).

Zudem wird die pestizidintensive Landwirtschaft weiter befördert. Die in der EU verbotenen, aber in den Mercosur-Staaten in der Landwirtschaft oft verwendeten hochgiftigen Pestizide, sind vor allem für die Menschen gefährlich, die sie ausbringen und auf den Feldern arbeiten. Aber auch die Bewohner:innen der ländlichen Gemeinden vor Ort leiden unter der Abdrift von Pestiziden, die per Flugzeug über den Feldern versprüht werden. Das Abkommen birgt außerdem erhebliche Risiken für die Lebensmittelsicherheit in der EU. Es enthält keinen bindenden Verweis auf das im EU-Recht verankerte Vorsorgeprinzip. Einführen bedenklicher Waren, die z. B. im Verdacht stehen, mit Krankheitserregern befallen zu sein, könnten nicht präventiv blockiert werden (www.greenpeace.de/publikationen/risiken-fur-klimaschutz-menschenrechte).

Es fehlt außerdem eine verpflichtende Ratifizierung der ILO-Kernarbeitsnormen. Das Recht auf Tarifverhandlungen ist in den Mercosur-Staaten kaum verankert und die Finanzierung der Gewerkschaften nicht sichergestellt. Zu befürchten sind daher Arbeitsplatz- und Sozialabbau sowie in Südamerika die Ausbeutung von Arbeitnehmer:innen durch lange Überstunden und Missachtung des Mindestlohns (www.dgb.de/downloadcenter/++co++5cb3ac36-5873-11ea-880d-52540088cada). In allen Mercosur-Ländern hatten betroffene Arbeitnehmerorganisationen, indigene Bevölkerungsgruppen, Kleinbäuer:innen und Fischer:innen keine Möglichkeit ihre Interessen, ihre Kritik und Forderungen in den Verhandlungsprozess einzubringen. Das Abkommen spiegelt daher

nicht die Bedürfnisse dieser Menschen wider, sondern die (Partikular-)Interessen einiger weniger, aber mächtiger Unternehmer:innen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt